

Ja zur Schweiz

Der Nationalstaat bleibt der einzige funktionierende Rahmen für Demokratie, Rechtsstaat und Machtkontrolle. Die Schweiz ist zukunftsweisend als eine Verwirklichung der Demokratie.

Von Roger Köppel

Die Schweiz ist ein genialer politischer Organismus. Sie lebt nicht nur vor, wie man als Kleinstaat seit Jahrhunderten erfolgreich durch die Stürme der Geschichte segelt. Sie hat Europa und der Welt viele Dienste erwiesen. Es ist ihr gelungen, eine Art Nationalpark der Freiheit und der Selbstbestimmung gegen alle Anfechtungen zu erhalten. Sie hat einem neidvoll staunenden Publikum vorgeführt, wie sich unterschiedliche Konfessionen, Sprachgruppen und Mentalitäten zu einer erfolgreichen politischen Selbsthilfeorganisation zusammenraufen können, in der tatsächlich die Interessen der Bürger und nicht die Staatsräson das Mass der Dinge ist.

Die Schweiz ist als Sonderfall ein Erfolgsmodell. Die Zuwanderung bleibt ungebrochen. Die Zahl der hier domizilierten Weltkonzerne ist beeindruckend. Die Wirtschaft profitiert direkt von einem Staat, der bewusst so eingerichtet wurde, dass Eigeninitiative, Tüchtigkeit und Eigentum geschützt und belohnt werden. In der Schweiz ist realisiert, was der deutsche Philosoph Hegel als zentrales Merkmal der bürgerlichen Gesellschaft erkannte: dass die Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und ihres Glaubens, aufgrund der Leistung beurteilt werden, die sie in den Augen anderer erbringen.

Wer zu den Gründen geht, geht zugrunde

Die Schweiz bleibt ein Vor- und Inbild von Bodenhaftung und gesundem Menschenverstand. Die Schweizer sprechen ungern von Prinzipien, lieber von Lösungen. Die schweizerische Sorgfalt ist etwas ganz anderes als die deutsche Gründlichkeit, zu der Nietzsche der interessante Satz einfiel: «Man geht zugrunde, wenn man immer nur zu den Gründen geht.» Die Schweizer sind praktischer, normaler, traditioneller veranlagt als die metaphysisch besessenen Deutschen und weltoffener als die in faszinierenden Girlanden um sich selber kreisenden Franzosen. Das herbe Leben in den Bergen hat die Schweizer, eine kontinentale Variante der seefahrenden Briten, mit einem robusten Wirklichkeitssinn ausgestattet, der sich im Lauf der Jahrhunderte in klug gebauten staatlichen Institutionen verfestigte.

Es ist ein Rätsel, wenn nicht eine Verrücktheit, dass ausgerechnet führende Schweizer Politiker und Wirtschaftsfunktionäre mit ihren Verbänden an vorderster Front ihren

bewunderten Staat demontieren. Die Unabhängigkeit des Landes soll durch einen EU-«Rahmenvertrag» in europäischem Recht unter europäischen Richtern aufgelöst werden. Es wäre, sollte das Vorhaben des Aussenministers tatsächlich durchkommen, der Untergang der 724 Jahre alten Schweiz, die auf dem Anspruch der Selbstbestimmung gegen Fremdherrschaft gegründet wurde. Der Bundesrat weigert sich, Volksentscheide umzusetzen. Internationales Recht soll demokratisch gesetztem Landesrecht vorgehen. Der Staat stellt immer mehr Beamte und Lohnempfänger an. Die Finanzministerin bekommt fast einen Tobsuchtsanfall, wenn sie mit der Forderung konfrontiert wird, die Ausgaben auf dem Niveau des letzten Jahres einzufrieren.

Lustobjekt auswärtiger Interessen

Die Regierenden machen die Schweiz zum Lustobjekt auswärtiger Interessen. Ob und wie die vom Volk gewünschte Zuwanderungsbegrenzung angewandt wird, überlässt die Bundespräsidentin erklärermassen den Wünschen der EU. Das Wirken des Bundesrats scheint darauf abgezielt, in Brüssel möglichst wenig Anstoss zu erregen. Die «Verlässlichkeit» der Schweiz gegenüber dem Ausland

müsse verstärkt werden, fordert allen Ernstes ein führender Schweizer Diplomat, der diesen Herbst als Nationalratskandidat der SP antritt. Dass die Schweizer Regierung zunächst und vor allem die demokratisch ermittelten Aufträge des Souveräns verlässlich ausführen müsste, ist diesem Weltbild eine gänzlich fremde Vorstellung. Das «Unbehagen am Kleinstaat», der ungestillte Durst nach Grösse und Bedeutung, bringt diese komplexbehafteten Euro-Schweizer gegen die Schweiz auf, von der sie ihren Lohn beziehen.

Die Schweiz, formulierte der Germanist Karl Schmid, ist ein «schroffes Nein» zum europäisch-zentralistischen Verwaltungsstaat. Sie hat sich ihren Platz auf der politischen Landkarte hart und unter Opfern erkämpfen müssen. Die militärischen Erfolge im 14. und 15. Jahrhundert von Morgarten bis Sempach und Murten/Nancy legten die Grundlage. Beeindruckend bleibt, wie die Schweizer im 19. Jahrhundert den liberalen Bundesstaat gegen die lauenden Monarchien Österreich, Preussen und Frankreich ertrotzten. Zum Schutz seines Fürstentums Neuenburg wollte Preussenkönig Friedrich Wilhelm IV. im Januar 1857 gar eine Armee von 100 000 Mann auf eine Strafexpedition in die Eidgenossenschaft schicken. Der Bundesrat zeigte grimmig die Zähne. Das Volk stand einträchtig zusammen, nur wenige Jahre nach den Entzweigungen des Sonderbunds. Wenn der König den Krieg haben wolle, könne er ihn haben. Friedrich Wilhelms Soldaten blieben in den Kasernen.

Die Verzagten von Bern

Was unterscheidet die Gründer des Bundesstaats von der heute amtierenden Riege? Die Liberalradikalen von damals standen zur Schweiz, ohne Wenn und Aber. Sie glaubten an den Staat, den sie gegen feindselige Grossmächte aufgebaut hatten. Die Erhaltung der Unabhängigkeit, die Sicherung der politischen Handlungsfreiheit des Landes, war ihr oberstes Ziel. Noch wach war die Erinnerung an den schmählichen Zusammenbruch der morschen Eidgenossenschaft unter französischem Druck lediglich fünfzig Jahre zuvor. Dass sich die Schweiz so rasch von diesem Schwächeanfall erholen konnte, beeindruckte während des «Neuenburgerhandels» ganz Europa. Der Glaube an sich selbst und der Glaube an die Legitimität und Vernünftigkeit der eigenen Demokratie machten den Unterschied.

Man soll jetzt nicht mit dem Einwand kommen, heute sei alles anders. Heute ist es für die Schweizer mit Sicherheit einfacher als für die an mehreren Fronten von nervösen Armeen bedrohten Eidgenossen des 19. Jahrhunderts. Die Schweiz hat sich längst etabliert. Die Europäer sind nach zwei Weltkriegen vorderhand von ihrer Kriegslust und von ihren militärischen, wenn auch nicht von ihren politischen





Wie eine tyrannische Geliebte: Bundespräsidentin Sommaruga und EU-Chefkommissar Juncker in Brüssel, Februar 2015.

Hegemonialabsichten geheilt. Noch immer rufen Regungen schweizerischen Unabhängigkeitswillens jenseits der Grenzen Respekt und Bewunderung hervor. Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative erzeugte sehnsüchtige Zustimmung in den gelenkten Demokratien der EU. Der Verzweiflungsakt der Nationalbank, den Franken endlich wieder vom Euro zu lösen, wurde in Deutschland als mutiger Befreiungsschlag geradezu jubelt. Sobald die Schweiz den Mut aufbringt, nach ihren wohlüberlegten Interessen zu handeln, erntet sie Anerkennung.

Wann merken es die Verzagten von Bern, sofern sie es überhaupt merken wollen? Die Schweiz hält mit ihrer urfreisinnigen, direktdemokratischen Staatsform einen unschätzbaren Trumpf in der Hand. Die hochstilisierten bilateralen Verstimmungen mit der EU sind doch kein nennenswertes Problem, verglichen mit den Gefahren und Bedrohungen, die die Schweiz im Lauf ihrer Geschichte immer wieder zu bestehen hatte. Das panische Gejammer wegen einer geringfügigen Vertragsänderung zur sogenannten Personenfreizügigkeit ist nicht Ausdruck einer objektiv vorhandenen Krise, sondern sie steht für das gebrochene Selbstbewusstsein unserer politischen Führung, die nicht mehr wirklich zur

Schweiz steht. Der heimlich in Brüssel verliebte Bundesrat ist vermutlich die letzte Regierung in Europa, die sich von der EU noch einschüchtern und zusammenfallen lässt, eben wie von einer tyrannischen Geliebten.

Fleissiger und irgendwie entspannter

Es gibt keine Autorität ohne ein Ethos der Überzeugung. Die weltweit beneidete Schweiz könnte, ja müsste ihr Selbstvertrauen aus sich selber schöpfen. Sie gibt das eindrückliche Beispiel einer intakten Demokratie, die durch Fleiss, Anstrengung, Glück und weltweite unternehmerische Risikobereitschaft beträchtlichen Wohlstand schaffen konnte. Es ist ein Wunder, aber auch das Werk willensstarker, kluger Führung, dass sie mitten auf einem gewaltreichen, immer wieder zerstampften Kontinent 724 Jahre überstand, ohne dass der Faden je gerissen wäre. Wer die Grenzen in die Schweiz überschreitet, realisiert sofort, dass es hier anders, aufgeräumter, sauberer, freundlicher, fleissiger und doch irgendwie entspannter zugeht. Es gibt nach wie vor keinen Grund dafür, dass die Schweiz vor dem Ausland in die Knie geht oder sich für ihre Eigenheiten entschuldigt. In einem unübersichtlich von oben gesteuerten Funktionärs- und Technokraten-Europa nährt die Schweiz mit ihrer

bodennahen und einigermaßen realen Politik die berechtigte Hoffnung, dass am Ende eben doch der Staatsbürger als «Bürger im vollen Sinne» (Jacob Burckhardt) nach wie vor das Sagen haben kann.

Im nächsten Herbst werden Parteien und Politiker Erfolg haben, die aufrichtig und im Wortsinn unverschämt zur Schweiz stehen. Das hat mit Nationalismus nichts zu tun, wohl aber mit der sich allseits ausbreitenden Überzeugung, dass der Nationalstaat auch in der heutigen, angeblich zusammenwachsenden Welt den einzig funktionierenden Rahmen für Rechtsstaat und Demokratie, für Freiheit und Eigenverantwortung abgibt, weil nur im Nationalstaat die Macht der Regierungen wirksam begrenzt und kontrolliert werden kann. Die modische Anbetung verkopfter internationaler Grossraumstrukturen ist längst der vernünftigen, nennen wir sie ruhig: konservativen Einsicht gewichen, dass das Gewachsene und praktisch Bewährte dem Konstruierten und Künstlichen überlegen ist. Die Schweiz feiert ihren Geburtstag im Bewusstsein, dass sie nach wie vor auf der Höhe der Zeit ist, vielleicht noch nie so notwendig wie heute – als eine Verwirklichung von Demokratie, Freiheit und Fortschritt, die in der Welt ziemlich einsam, aber zukunftsweisend ist.